

## Antrag Nr. 10

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen  
an die 177. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 5. Dezember 2024

### **Gesundheit ist keine Ware! Gegen weitere Privatisierungen im Gesundheitssystem!**

Mit 1. Oktober wurden von den 21 Rehabilitationseinrichtungen in Österreich, die im Besitz des österreichischen Gesundheitskonzerns VAMED waren, vorerst 14 Einrichtungen an den französischen Investmentfonds PAI Partners verkauft. Bei 7 Einrichtungen, bei denen die öffentliche Hand in bestimmter Weise beteiligt ist, werden weitere Gespräche geführt. Im Zuge dieses Deals musste die öffentliche Hand, in Form der ÖBAG, die an VAMED beteiligt war, ihre Anteile von 13 Prozent an den französischen Finanzinvestor verkaufen. Somit schreiten Privatisierungstendenzen in Österreich voran, die unser Gesundheitssystem immer mehr in den Einfluss von profitorientierten Investoren bringen.

Besagte Finanzinvestoren veranlassen das Geld abseits der Börse, indem sie Gesundheitseinrichtungen errichten und betreiben, wie zum Beispiel Rehazentren. Dabei steht die Profitmaximierung an erster Stelle. Gekaufte Unternehmensanteile werden oft nur wenige Jahre gehalten, und der Profit wird durch Sparmaßnahmen, Preissteigerungen oder Steuervermeidung in die Höhe getrieben, bevor die Anteile gewinnbringend verkauft werden. Dies hat negative Auswirkungen auf Patient:innen und Beschäftigte.

Starke Profitinteressen verhindern einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen und begünstigen eine Zwei- oder Mehrklassenversorgung. Zudem besteht die Gefahr, dass sich Leistungen auf profitable und einkommensstarke Regionen konzentrieren, während manche ländliche Gebiete unterversorgt werden. Beschäftigte sind steigendem Druck und schlechteren Arbeitsbedingungen ausgesetzt.

Im Vergleich zu anderen Ländern haben noch wenige internationale Investmentfonds unser Gesundheitssystem ins Visier genommen. Genau dieser Umstand bedeutet jedoch, dass private Investoren einen großen, noch nicht erschlossenen Markt vorfinden. Gerade von Bereichen wie Pflege und Gesundheit erwarten sie sich hohe Profite bei geringem Risiko – auf Kosten der Allgemeinheit und der Arbeitnehmer:innen.

Deshalb gilt es, Privatisierungstendenzen abzuwehren und die öffentliche Gesundheitsversorgung, insbesondere die eigenen Einrichtungen der Sozialversicherung, weiter auszubauen. Die bestmögliche Gesundheitsversorgung muss allen Menschen in Österreich unabhängig von ihrem Einkommen oder Wohnort zur Verfügung stehen. Unsere Gesundheit ist keine Ware!

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert die/den Minister:in für Soziales und Gesundheit, die/den Minister:in für Arbeit und Wirtschaft sowie die im Nationalrat vertretenen Parteien dazu auf, folgende Punkte so rasch wie möglich umzusetzen:**

**Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen, die verhindern, dass sensible versorgungsrelevante Gesundheitseinrichtungen durch private Finanzinvestoren inkl private equity fonds aufgekauft/gegründet und betrieben werden**

**Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems und Ausbau von Gesundheitseinrichtungen, die direkt von SV-Trägern betrieben werden**



Sozialdemokratische  
Gewerkschafterinnen  
in der Bundesarbeitskammer

**Unmittelbar eine Verschärfung des Investitionskontrollgesetzes, das verhindern soll, dass Finanzinvestoren, wie Private Equity Fonds, in die Gesundheitsversorgung einsteigen, da diese primär wirtschaftliche Interessen haben**

**Mittelfristig braucht es ein Zurückdrängen von Finanzinvestoren in allen Bereichen des Gesundheitssystems. Dabei können bestehende Regeln der Gemeinnützigkeit, wie es sie auch im Wohnbereich gibt, als Vorbild dienen.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich